



Evangelische Hochschule
Ludwigsburg

Hochschule für Soziale Arbeit,
Diakonie und Religionspädagogik

Staatlich anerkannte Fachhochschule
der Evangelischen Landeskirche in
Württemberg

Protestant University of Applied
Sciences

Paulusweg 6 | 71638 Ludwigsburg
www.eh-ludwigsburg.de

Ulrike Faulhaber
Hochschulleitungsassistentin
Tel. 07141 | 9745 209
Fax 07141 | 9745 400
u.faulhaber@eh-ludwigsburg.de

11. Dezember. 2009

An die Redaktion

Pressemitteilung: Mit der Bitte um Abdruck. Vielen Dank!

Rechte behinderter Menschen längst nicht verwirklicht

Betroffene diskutieren mit Experten und Politikern an der Evangelischen Hochschule Ludwigsburg über Umsetzung der UN-Behindertenkonvention

Seit dem 26. März 2009 gilt in Deutschland die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Aber ist die neue Rechtslage auch im Kreis Ludwigsburg angekommen? Darüber diskutierten am Dienstagabend (8.12.09) auf Einladung der Evangelischen Hochschule (EH) Ludwigsburg und des Vereins „Selbstbestimmt Leben im Kreis Ludwigsburg“ Fachleute aus Verwaltung und Einrichtungen mit Betroffenen sowie Landtagsabgeordneten von CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Zahlreiche der etwa 70 Zuhörer nutzten die Diskussion, um von ihren Erfahrungen zu berichten. So beklagten sich behinderte Menschen etwa über teils unwürdige Behandlung, wenn sie nachts nicht mehr zur Toilette dürfen oder darüber verhandeln müssen, wie oft sie duschen dürfen.

„Für uns war es als Hochschule wichtig, nachzufragen: Wie sieht es ein Jahr nach der UN-Konvention aus?“, begründete EH-Professor Jo Jerg als Moderator den Zweck des Themenabends. Mit der Ratifizierung im Dezember 2008 hat sich Deutschland verpflichtet, seine Gesetze an die UN-Konvention anzupassen. „Die Idee war, die UN-Konvention nach Ludwigsburg zu bringen“, erklärte Antonio Florio, Vorsitzender des Vereins „Selbstbestimmt Leben“. „Wir wollten aufklären,

welche Rechte es geben sollte und welche Schwierigkeiten bei der Umsetzung auftreten.“

Wo für Menschen mit Behinderungen die zentralen Probleme liegen, erläuterte Stephan Krusche, Kommunaler Behindertenbeauftragter der Stadt Schwetzingen und Mitglied im Bundesverband Interessenvertretung „Selbstbestimmt Leben“: So hätten behinderte Menschen ein Recht auf die freie Wahl des Wohnorts und der Wohnform, das Recht auf Familie und Kinder sowie auf Unterstützung. Vor allem die Freizügigkeit sei in Deutschland nicht erfüllt, kritisierte er. Nach der Konvention haben behinderte Menschen des Weiteren das Recht auf ein inklusives Schulsystem und auf lebenslanges Lernen. In der Berufswelt folgt das Recht auf einen gleichberechtigten Zugang zum Arbeitsmarkt sowie zu freiem Unternehmertum. Mit allen drei Bereichen aufs Engste verbunden ist die persönliche Mobilität. „Was nützt uns der Zugang zum Bildungswesen, wenn wir nicht mit dem ÖPNV hinkommen?“, fragte Krusche. Außerhalb von Ballungsräumen sei dies ein massives Problem.

Lutz Weber vom Integrationsfachdienst Ludwigsburg erklärte für Einrichtungen des Landkreises, viele Bereiche der Übereinkunft seien bereits umgesetzt: „An fast alle Punkte kann ich einen Haken machen.“ Antonio Florio forderte dagegen vom Kreis, sich für neue Wohnformen zu öffnen. „Es heißt immer Paradigmenwechsel. Das bedeutet aber auch, dass die Betroffenen in die Verantwortung einbezogen werden.“

Laut Lutz Weber bekommen behinderte Menschen derzeit insbesondere die Probleme auf dem Arbeitsmarkt zu spüren. „Es wird im Moment immer schwieriger, Menschen mit Behinderungen im öffentlichen Sektor unterzubringen“. Grund sei die angespannte Haushaltslage. „Auch bei Firmen steht der Leistungsfaktor im Vordergrund“, so Weber. Dietrich Vonhoff, Geschäftsführer der Theo-Lorch Werkstätten gGmbH, verlangte daher ein gesellschaftliches Umdenken, damit nicht eines Tages „nur noch Hochleistungsingenieure eine Arbeit finden“.

Gerhard Gasser, Diakonischer Leiter der Karlshöhe und Vertreter der Liga der freien Wohlfahrtspflege Ludwigsburg, bezog die Umsetzung der UN-Konvention auch auf die Finanzlage der öffentlichen Haushalte: „Wir brauchen nicht nur das Bewusstsein, eine inklusive Gesellschaft zu sein, sondern wir brauchen auch das Geld.“ Über die Notwendigkeit und Finanzierung großer Heime gab es kontroverse Reaktionen.

Wie die Lebenswirklichkeit für behinderte Menschen aussieht, weiß SPD-Landtagsabgeordnete Christine Rudolf als Mutter eines behinderten Sohnes: „Es ist jeden Tag ein Kampf.“ Sie versprach daher, mit ihrer Fraktion einen Sachstandsbericht darüber zu fordern, wie es den Menschen mit Behinderungen in Baden-Württemberg geht. Dann könne man die UN-Konvention auch am Stück diskutieren und nicht nur partiell.

Ihr CDU-Kollege Klaus Herrmann verstand sich als Hörender: „Die UN-Konvention ist noch nicht bis in den letzten Winkel der Verwaltung und bei jedem Politiker angekommen“, sagte er und plädierte daher für eine stärkere Bewusstseinsbildung.

Grünen-Abgeordnete Bärbl Mielich will zur langfristigen gesellschaftlichen Teilhabe der behinderten Menschen bei den Schulen ansetzen: „Das Schulsystem muss sich so verändern, dass es für alle Schüler nutzbar ist.“ Mielich riet Eltern, das mit der Konvention verbundene Klagerecht zu nutzen, um für ihre Kinder den Besuch einer Regelschule durchzusetzen.

Dass die Konvention bei den Fachleuten des Sozialdezernats sehr wohl angekommen ist, versicherte Ferdinand Lautenbacher, Sozialdezernent des Landkreis Ludwigsburg. Als Konsequenz aus der Übereinkunft will er Entscheidungen künftig noch flexibler am Einzelfall orientiert treffen und die Betroffenen stärker beteiligen. Für Lautenbacher steht jedoch mit Blick auf die höheren politischen Ebenen fest: „Die rechtlichen Rahmenbedingungen hinken der UN-Konvention hinterher.“

Weitere Infos: www.eh-ludwigsburg.de